

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

25.3.1865 (No. 72)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 23. März.

N^o 72.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitspalt oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 24. März.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 9. März d. J. gnädigst bewogen gefunden:

Dem Direktor der großherzoglichen Vertheilungsanstalten, Hermann Zimmer, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu ertheilen, den ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland verliehenen St.-Annen-Orden II. Klasse anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche höchste, unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß ertheilt:

Postrathe Helminger für den ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland verliehenen Stanislaus-Orden III. Klasse.

Medaillenverleihung.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 3. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Buchhalter Dietsche in Albrunn in Anerkennung seiner langjährigen, treu geleisteten Dienste die kleine goldene Zivilverdienst-Medaille zu verleihen.

Karlsruhe, den 24. März.

Der durch Allerhöchsten Befehl vom 17. Mai 1859 reaktivirte Major Graf von Sponck, Kommandant der Strafkompagnie, wird durch allerhöchste Ordre vom 23. d. M. auf sein unterthänigstes Ansuchen von diesem Kommando entbunden und tritt wieder in den Ruhestand zurück, wobei demselben die Erlaubniß zum Tragen der Uniform der Offiziere vom Armeekorps ertheilt wird.

Oberleutnant Walter, Aufstichsoffizier bei der Militär-Strafkompagnie, wird wegen vorgerückten Alters, unter Ertheilung des Charakters als Hauptmann, in den Ruhestand versetzt.

Hauptmann Hieronimus vom (1.) Leib-Grenadierregiment wird zum Kommandanten der Militär-Strafkompagnie ernannt, und

Leutnant Hauser vom 5. Infanterieregiment als Aufstichsoffizier zur Strafkompagnie versetzt.

Korporal Udo von Laroche im (1.) Leib-Dragooneregiment wird zum Portepfechführer befördert.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Frankfurt, 23. März. (Fr. J.) Hr. v. Kubeck ist gestern Nachmittag von Wien wieder hier eingetroffen. Derselbe hat dem diplomatischen Diner beigewohnt, welches der preussische Botschafts-Gesandte, Hr. v. Savigny, zur Feier des Geburtstags seines Souveräns gegeben. — Heute hat seine Bundestags-Sitzung stattgefunden.

Stuttgart, 21. März. (Schw. M.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten führte die Tages-

*Ks. Auf Leben und Tod.

(Schluß aus Nr. 71.)

„Aufgepaßt, Engländer, aufgepaßt! er hat 'was im Sinn!“ schrie ein wohlmeinender Zuschauer in der untersten*) Vorderreihe. Raum waren die Worte heraus, so stürzte mit tiefem, plötzlichen Gebrüll der schwarze Bulle in totem Angriffslauf heran. Ich konnte eben nur einen Satz seitwärts thun, der Stier aber, außer Stand, sich anzuhalten, schlug den Kopf mit einer Gewalt an die Planke, daß manche Frauen in der untersten Reihe laut aufschrien. Doch schnellstens nahm sich das gewaltige Thier wieder zusammen, und kam mit tief geknicktem Haupt auf mich losgeschossen. Abermals sprang ich beiseite, doch so knapp, daß eines der spitzigen Hörner den Armel meiner hundertjährigen Jacke erfaßte und ihn von der Faustbeuge bis zum Ellbogen aufriß, während das Geßelsche der Zuschauerschaft den Stoß beifällig begleitete. Ehe ich mein Schwert gebrauchen konnte, hatte der Stier sich umgeschwenkt, und ich mußte mich auf die überlegene Schnelligkeit meiner Beine verlassen, indem ich im Kampfrund ringsum lief, hüpfend verfolgt vom Stier, der mit den Füßen in den weichen Sand einsank. Ich machte dann kehrt und eine mißlungene Anstrengung, den rothen Mantel meinem schrecklichen Gegner über die Augen zu werfen, allein das listige Vieh wich mir aus, und diesmal, wie ich ihm aus dem Weg sprang, spürte ich einen scharfen Schmerz in meinem linken Arm und Seite, und taumelte zurück, meinen Degen fast verlierend. Das Volk erhob ein Geschrei:

„Loro! Viva el Negro! der schwarze Bulle, hoch! Bravo Stier! Seht, der Engländer blutet.“

Ein purpurner Nebel schwamm mir vor den Augen, mir wurde schwindelig, und der tödende Lärm der Versammlung verwirrte mich.

*) Der geschickteste, weil dem Kampfspiel nächsten, Eingekleidete.

ordnung auf den Bericht der staatsrechtlichen Kommission über die Beantwortung der Interpellation von Desterlen und Wolbach in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Berichterstatter Probst.

Die Kommission beantragt einstimmig: Die Kammer wolle 1) ihre Ansicht dahin aussprechen, daß sie nicht nur die Einverleibung der Herzogthümer in das königreich Preußen, sondern auch jede Aneignung von Rechten über dieselben durch Preußen, deren Einräumung nicht durch die gesetzliche Regierung und Volksvertretung der Herzogthümer genehmigt und von der Bundesversammlung als mit dem Bundesrecht und den Bundesinteressen vereinbar anerkannt ist, als einen Rechtsbruch betrachte; 2) die k. Staatsregierung auffordere, daß sie in Verbindung mit den gleichgesinnten deutschen Staaten für die Rechte der Herzogthümer und Deutschlands auf dieselben mit der That einstehe. Der Minister v. Barnekötter erwidert, daß er an dieser Diskussion nicht Theil nehmen könne. Seine Wünsche und Bestrebungen fallen zusammen mit denen der Kammer: sie seien gerichtet auf eine Lösung der vorliegenden Frage im nationalen Sinn, wie diese von der Kammer im Verein mit der Regierung bisher erstrebt worden sei. Wenn er der Verhandlung anwohnen würde, so müßte er aber eingehen auf eine Beleuchtung der Lage mit realen Fundamenten. Dies könnte er nicht thun, ohne der Sache und ohne den eigenen Zweck dieses Hauses zu schaden; er halte es darum für Pflicht, in die Verhandlungen heute nicht einzutreten. Er sei sich aber seiner vollen Verantwortlichkeit in dieser Frage vollkommen bewußt, und nehme die ganze Verantwortlichkeit auf sich. Er sei gekommen, um zu sagen, warum er nicht bleiben könne, und möchte auch den Schein vermeiden, als ob sein Ausbleiben auf irgend einer Misachtung der Verhandlungen des Hauses beruhe. (Hierauf entfernt sich der Minister.)

Probst ersucht die Kammer, durch ihren Beschluß zu zeigen, daß in diesem Hause das deutsche Recht stets eine tüchtige Vertretung finde.

Kömer: Hiermit stimme ich vollkommen überein, und er fühle sich gebunden, für dieses deutsche Recht auch seine Stimme zu erheben. Nicht der preussischen Regierung gegenüber wolle er auf den Standpunkt des Rechtes sich stellen, wohl aber an einen Theil des preussischen Volkes, welches den Glauben habe, daß der preussischen Regierung Rechtsansprüche an die Herzogthümer zuzukommen. Dieser Auffassung müsse er entschieden entgegenreten. Weder das Recht des Eroberers noch einer Einräumung von Seite Desterlen, dem bisher die Regierungsbefugnisse über die Herzogthümer zugehört, stehe auf der Seite Preußens. Die beiderseitigen Anstrengungen der preussischen Armee sollen nicht gelugnet werden, aber das Recht des Eroberers stehe Preußen nicht zur Seite, eben so wenig eine Einräumung von Seite des bisherigen Rechtes; denn der König von Dänemark habe ein Recht über die Herzogthümer nicht gehabt, und könne ein solches auch nicht abtreten. Der Anspruch von Rechten über die Herzogthümer von Seite Preußens sei einfach ein Gewaltact. Der Redner sagt, er wünsche, daß der Zwischenfall in dem ersten Antrag, und von der Bundesversammlung als mit dem Bundesrecht und den Bundesinteressen vereinbar anerkannt ist, wegschleibe. Eine Berufung an die Bundesversammlung und auf das Bundesrecht in diesem Zusammenhang habe ihn zum entschiedensten Gegner. Die Waffe, welche die Kommission hier gebrauchen wolle, sei stumpf gegenüber von Preußen, und nur scharf gegenüber dem Standpunkt der Kommission selbst. Man nehme hier für den Bund das Recht in Anspruch, in die Ordnung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sich zu mischen neben der schleswig-holsteinischen Regierung und Volksvertretung; gerade dies aber halte er gefährlich für den Standpunkt der Einzelstaaten, für die Entwicklung der konstitutionellen Freiheiten der einzelnen Bundesstaaten.

War denn Alles, Alles verloren? Daß maschinenmäßig, während das Blut mir vom verwundeten Arm abfloß, blickte ich um mich. Der Stier war bishin. Ich sah seine wildglühenden Augen und stöhnenden Hörner; er senkte den Kopf und machte einen neuen Angriff. Raum wissend, was ich that, stieß ich mit der langen starken Katadors-Klinge aus, den Fuß fest eingestemmt, und dann erfolgte ein schmetternder Fall, und blühendes Gebrüll, und ich ward ungerissen und erbob mich wieder, schwach, und dann lehnte ich mich auf mein Schwert, taumelnd wie ein Trunkener, als der Direktor mich stützte und mich gegen die Versammlung mich verbeugen ließ, derweil aus tausend und abertausend Reihen fort und fort der Ruf donnernd erscholl: „Oh! bravo el Ingles! Viva! Viva! bravo!“ Dicht neben mir lag der todt erliegende des Portugieser Bullen. Mein Degen war ihm in's Herz gedrungen. Das Räschle, dessen ich mich entsinne, war — daß ich in halber Ohnmacht auf einer Matrage in einem der inneren Unterbauwerke des Amphitheatres lag, während ein Arzt meine Wunden verband.

„Starker Blutverlust, aber doch keine Arterie verletzt!“ sagte der französische Chirurg. „Was! Eine bloße Schramme. Sie sind noch gut davon gekommen, mein junger Freund!“

So war's auch. Außer dem Blutverlust von der erhaltenen Verletzung erlitt ich weiter keinen Nachtheil; das ehrlieh verdiente Geld würde am nächsten Tag durch sichere Hand an den bestimmten Zahlungsort beordert, und Herr Croft auf freien Fuß gesetzt. Moreno erwies sich als ein Mann von Wort, der eben so willig ist, einen Gefangenen, dessen Besatz bezahlt ist, loszulassen, als einen zahlungsunfähigen Gefangenen zu erdrosseln. Ich will Allen's Freude über ihre Wiedervereinigung mit dem als todt betrachteten Vater zu schildern nicht versuchen, noch das Gemisch von Schrecken und Dankbarkeit, womit das geliebte Mädchen das verzweifelte Mittel erfuhr, das ich zu seiner Rettung ergriffen hatte. Ich bin jetzt Kapitän des Ludov, und sie ist mein Weibchen, und an meinem Englischen Herd,

Durch das Bundesrecht sei den einzelnen Staaten und auch Württemberg ja bekanntlich schon manches Unrecht geschehen. Man sollte genug daran haben. Er beantrage demnach, den bezeichneten Satz wegzulassen, und bemerke, daß dies im Interesse der Schleswig-Holsteiner selbst gelegen sei. Ferner aber erklärt sich der Redner entschieden gegen den Ausbruch: „mit der That einsehen“. Dieser Ausdruck bezeichne sprachlich und sachlich ein Einsehen hauptsächlich mit Waffengewalt. Wir seien aber nicht in der Lage, mit Waffengewalt einzutreten; er wünsche, daß der Ausbruch mit einem andern vertauscht werde. Man könne der Regierung ein Unmögliches nicht zumuthen. Eine Einigung des außerordentlichsten Deutschlands halte er in jetziger Sachlage ganz unmöglich; vor einem Jahr, als man eine solche Einigung verlangt habe zum Schuß der Herzogthümer gegen die Wiederanlieferung an Dänemark, seien die Bogen der Bewegung hoch gegangen, aber die Erwartung auf eine Einigung der Mittelstaaten habe doch selbige geschlagen; ob man eine Einigung heutzutage erwarten könne? Eine solche Einigung gehöre heutzutage in das Reich der Phantastien. Auch ein Anleihen an Oesterreich, welches Manche verlangen, halte er für schimärlisch. Es sei klar, daß das Bündniß mit Preußen für Oesterreich gegenwärtig mehr Werth habe, als das zweifelhafte Gehen mit einigen deutschen Mittelstaaten. Die Thätigkeit, welche wir für die Selbständigkeit der Herzogthümer anwenden können, sei unter diesen Umständen eine höchst beschränkte. Es sei traurig, daß man nicht mehr thun könne, aber es sei eben einmal so. Er beantrage demnach, am Schluß zu setzen: Mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln eintreten. Wenn es einen Trost gebe für uns, schließt der Redner, so sei es der, daß wir unsere Pflicht erfüllt haben, daß wir an der Lage der Sache keine Schuld haben.

Wolbach: Unter den jetzigen Umständen sei es die höchste Zeit, daß die Mittel- und Kleinstaaten sich zusammenscharen, um eine nationale Lösung der Frage herbeizuführen. Es handle sich hier lediglich um eine Frage des Bundesrechts, und hier seien die Mittel- und Kleinstaaten vollberechtigte Glieder des Ganzen; hier dürfe man auch rechnen auf den Volkseifer, der ein mannhaftes Volk aus dem Schummer wecken werde. Wenn die deutschen Großmächte sehen werden, daß die Mittel- und Kleinstaaten im Verein mit dem Volkseifer sich ermannen werden, so werden sie sich doch auch hüten, einen Rechtsbruch zu begehen.

Graf v. Zepelin: Er sei nicht einverstanden mit dem Ausbruch „mit der That einsehen“. Er glaube, daß man sagen könnte, die Regierung sei aufgefordert, daß sie in Verbindung mit gleichgesinnten Staaten für die Rechte der Herzogthümer nach Kräften einstehe, insbesondere bei dem Bund darauf dringe, daß die gesetzliche Regierung in den Herzogthümern in Verbindung mit der dortigen Volksvertretung schleunigst eingesetzt werde. Darauf stellt der Hr. Graf seinen Antrag.

Söder: Unter Umständen wie die vorliegenden sei es geboten, fest an dem rechtlichen Standpunkt zu halten und von der Regierung zu verlangen, für das nationale Recht einzustehen. In dieser letzten Beziehung sei freilich seine Erwartung eine geringe; die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten seien schuld daran, daß die Thatfachen so gekommen seien, wie sie jetzt vorliegen, Thatfachen, welchen sie jetzt machtlos gegenüberstehen. Die Mittelstaaten haben die Wahl gehabt, mit der Nation gegen die rechtswidrige Handlung der Großmächte vorzugehen, aber sie haben die Wahl nicht im Sinn der Nation getroffen. An die schwächliche Haftung der Mittelstaaten von Anfang an habe sich Niederlage auf Niederlage geknüpft. Jetzt, nachdem die Position verloren sei, sei es allerdings eine schwere Zumuthung an die Mittelstaaten, von ihnen zu verlangen, daß sie mit Gewalt in den Befehl Desterlen wieder sich setzen sollen, was sie aus Schwäche verloren haben. Es zeige sich nunmehr, was man früher gesagt habe, daß die

an dem wir so lange schon glücklich miteinander leben, hat sie oft, mit Lächeln und Thränen, jenes Vorgangs in unser Weiber Leben gedacht, der so trauervoll fast sich gestaltet, in Malaga.

— In dem Atelier des Fabrikanten Kaselowsky in Stuttgart ist zur Zeit die kolossale Meerjungfrau ausgestellt, welche der verorbene König Wilhelm für das Dach des Schlosses Montfort bei Langenargen am Bodensee bestellt hat. Das Modell ist vom Bildhauer v. Hofer. Diese auf galeano-plastischem Weg hergestellte Meerjungfrau ist 9 Fuß hoch und möchte wohl der größte Gegenstand sein, welcher in dieser Art in Süddeutschland ausgeführt worden ist.

— Die vielen bereits erfolgten Anmeldungen zur internationalen Ausstellung der Gesellschaft Flora in Köln haben das leitende Komitee veranlaßt, noch eine weitere Halle in Auftrag zu geben. Die ganze, bis jetzt gedeckte Fläche übersteigt bereits 65,000 Quadratfuß.

— Der Apollokopf, Fragment einer Statue von parischem Marmor, aus der Gallerie Justiniani (Nr. 85) wurde auf der Versteigerung der Bourtales'schen Sammlungen mit 47,000 Fr., zwei Büsten von Julius Cäsar und Nero in rothem orientalischem Porphyrt mit 28,000 Fr. bezahlt. Der Apollokopf ist für die National-Gallery in London gekauft worden. Baron James v. Rothschild hatte 45,000 Fr. darauf geboten.

— Um einen berühmten leichten Jockey, Jemmy Grimbaw, haben sich seit längerer Zeit die englischen Sportmänner fast gerissen. Der Marquis v. Hastings glaubte ihn schon als seine Akquisition betrachten zu können, als Lord Stamford ein höheres Angebot machte, auf welches Jemmy schließlich eingegangen ist. Die Summe von 1000 Pfund. St. hat der pferdeliebende Lord dem Jockey als Jahresgehalt bewilligen müssen.

Schleswig-holsteinische Frage im eminenten Sinn eine deutsche Frage sei. Es sei im letzten Jahr im klärendsten Maß der Beweis geführt worden, daß die deutsche Bundesverfassung, so wie sie bestche, ein Hinderniß sei, daß dieser Bundestag den Kleinen keine Kraft und keine Einheit gewähre, daß er kein Organ sei. Der Nation könne nur durch eine einheitliche Bundesverfassung geholfen werden. Die Regierung, welche den Muth habe, für die bundeseinheitliche Verfassung Deutschlands einzutreten, diese Regierung würde allein den Geist der Nation verstehen und von der Nation mit Freuden unterstützt werden. Oesterreich habe einen Versuch gemacht mit dem Fürsitztag zu Frankfurt, aber einen resultatlosen Versuch, und resultatlos habe der Versuch bleiben müssen, denn man dürfe der Nation nicht einen Stein anstatt des Brodes bieten. Oesterreich habe sofort die deutsche Sache im Stich gelassen und habe es für gut gefunden, mit Preußen in eine Allianz sich einzulassen, für welche, wie zu befürchten sei, die deutsche Nation die Kosten werde zahlen müssen. Was die Frage betreffe, ob die außerordentlichsten deutschen Staaten unter sich einen Verein bilden werden, um die deutsche Frage der Lösung näher zu bringen, so frage er, ob man denn hoffen könne, daß jetzt die Regierungen der Kleinstaaten den Muth, die Opferfähigkeit und die Neigung haben werden, unter sich einen solchen Verein zu dem bezeichneten Zweck zu bilden. Der Redner kommt sofort darauf zu sprechen, wie denn ein solcher mittelstaatlicher Verein auch nur ausgeführt werden könnte? Man dürfe nur die geographische Lage z. B. von Hannover, ferner die Stellung der hannoverschen Regierung und des hannoverschen Volks in's Auge fassen; gar nicht zu sprechen von Mecklenburg u. s. w. Der Krisenplan sei deshalb so gefährlich, weil er die Zwecke der Bismarck'schen Idee geradezu befördern würde. Seine Ueberzeugung gehe dahin, daß die deutsche Frage nur gelöst werden könne durch einen Verein, welcher ganz Deutschland umfasse. Im Uebrigen werde man mit ihm dahin einverstanden sein, daß die einzige Rettung vor der drohenden Vergewaltigung die Herstellung eines Bundesstaats sei; wenn daher von einer That die Rede sei, für welche unsere Regierung einzustehen habe, so könne es nur die sein, einzustehen für die Herstellung einer Bundesverfassung mit einheitlicher Spitze. Nur eine solche Bundesverfassung könne die Kleinstaaten vor dem Geschehlichen retten, welches ihnen sonst unausweichlich drohe.

Der Herr: Er habe die Illusion nicht, als ob es den deutschen Mittelstaaten mit Erfolg möglich wäre, die Initiative für das gute Recht der Herzogthümer bei dem Bund zu ergreifen, so lange das Bündniß zwischen Preußen und Oesterreich bestche. Auch habe er die Illusion nicht, daß die beiden Großmächte die schleswig-holsteinische Angelegenheit im nationalen Sinn lösen werden. Ob denn diese Mächte nicht ebenso ihr besonderes preussisches und österreichisches Interesse verfolgen? Das deutsche Interesse werde man doch wohl nicht identisch nehmen wollen mit preussischem Interesse. Der Redner wünscht, daß dem Minister v. Arnim sein großdeutsches Bewußtsein doch nicht so sehr abhanden gekommen sein möge, daß er deutsches und preussisches Interesse identisch nehme. Der Redner bemerkt, daß das preussisch-österreichische Bündniß nicht ewig dauern werde. Oesterreich werde gegen eine Lösung der Herzogthümerfrage, durch welche die Hegemonie Preußens angestrebt werde, in seinem eigenen innersten Interesse sich wahren und wehren müssen. Hier sei der Punkt, an welchem voraussichtlich das Bündniß zwischen Preußen und Oesterreich sich lösen und Oesterreich genöthigt sein werde, auf den Boden des Bundesrechts sich zurückzubehalten. Wenn dieser Fall eintrete oder wenn er nicht eintrete, — er schwebe sich nicht, dafür sich zu erklären, daß die Verbindung der übrigen deutschen Staaten unter sich ein Gebot der Selbsterhaltung sei. Verhältnissen sich die beiden Großmächte, so werde Deutschland der Preis sein; verhandeln sie sich nicht, so sei eine Verbindung der übrigen deutschen Staaten doppelt nothwendig, damit dieselben gegen den Dualismus wirken. Die Krisenidee sei allerdings ein leidiges Auskunftsmittel, aber sie könne unter den vorliegenden Umständen nicht entbehrt werden; die Mittelstaaten müssen sich zusammenschließen zu einem Körper, welcher physische und moralische Kraft in sich genug habe zu dem Zweck, auf dem Wege der Freiheit zu der Einheit Deutschlands zu gelangen.

Sayrhammer: Der Kommissionsantrag führe sich auf diejenige Rechtsanschauung, welche dieses Haus schon mehr als einmal ausgesprochen habe. Wenn man von dieser Anschauung ausgehe, so müsse man in dem Antrag auch den Satz lassen, welchen Römer auslassen wolle. Das Bundesrecht und die Bundesinteressen seien hier identisch mit dem Recht und den Interessen der Nation. In der Reformakte, welche man erwähnt habe, sehe er nicht bloß Steine, sondern, wenn auch nicht volles Brod, so doch eine wesentliche Stärkung der Bundesverfassung, welche, wenn sie angenommen worden wäre, einen bessern Zustand herbeigeführt hätte, als derjenige sei, auf welchem man heute stehe. Sarwey: Einverstanden mit dem ersten Antrag der Kommission richten seine Bedenken sich gegen den zweiten Satz, indem für diesen die Kommission nicht auch die Ausführung sichern könne.

Schäffle: Er habe sich gewundert, daß heute Vieles von Oesterreich, von Hannover, Mecklenburg u. c. gesagt worden sei, was das Ansehen dieser Staaten zu schwächen geeignet sein könnte, aber wenig von Preußen und Bismarck, von welchem doch die nächste Gefahr drohe. Man habe von der Unfähigkeit des Bundestages gesprochen, dieses Ausschusses der deutschen Regierungen; aber er frage, was denn der Ausschuss der deutschen Abgeordneten bis heute gewirkt habe. Was die Ziffer 2 des Antrages betreffe, so verstehe er unter der der Regierung angebotenen That nicht eine schnell improvisirte Koalition der Mittel- und Kleinstaaten, um gegen die Großstaaten vorzugehen, auch nicht die Stellung von Anträgen beim Bunde durch dieselben; vielmehr suche er die Elemente einer That, wenn er noch an eine solche glaube, an einer andern Stelle. Nachdem der Erfolg durch die gemeinsame Anstrengung der preussischen und österreichischen Waffen errungen worden sei, werde die Allianz Oesterreichs mit Preußen eine andere Richtung bekommen; daß Oesterreichs Interessen nicht da liegen, wo die Interessen Preußens liegen, das werde nicht zu bezweifeln sein. Eine Anwendung Oesterreichs sei immer noch zu denken, weil für Oesterreich Lebensfragen auf dem Spiele stehen. Und dann wäre der Weg zur Aktion da, dann wäre die Gelegenheit gegeben des Vereines der Mittel- und Kleinstaaten mit Oesterreich. Der Berichterstatter Probst sagt, daß er es nicht begreifen könne, wie der Abg. Römer gerade am heutigen Tag darauf kommen könne, gegen den Bund und gegen das Bundesrecht aufzutreten. Was den zweiten Antrag betreffe, so halte er den Verbesserungsantrag des Grafen v. Zeppelein doch für etwas zu schwach. Man habe Anstoß genommen an dem Ausdruck: „mit der That einsehen“; die Kommission habe sich nun vereinigt zu folgendem Vorschlag: 2) Die Kammer wolle die Ansicht aussprechen, daß alle deutsche Bundesstaaten, welche das Bundesrecht anerkennen,

verpflichtet sind, für die Rechte der Herzogthümer und Deutschlands auf dieselben mit der That einzustehen.“ Dieser Kommissionsantrag vertritt nunmehr die Stelle des ursprünglichen Antrages unter Nr. 2. Graf v. Zeppelein erklärt sich mit diesem Kommissionsantrag einverstanden und zieht seinen Antrag zurück. Es spricht noch Zimmerle, worauf der Schluß der Beratung verlangt und angenommen wird. Abstimmung: Der Antrag Römer's auf Weglassung der Worte: und von der Bundesversammlung — anerkannt ist, wird abgelehnt. Der Kommissionsantrag als Gesammantrag wird mit 77 gegen 5 Stimmen genehmigt. (Rein: v. Bissingen, v. Dö, v. Steinbeis, Fejer, Römer.)

Aus Holstein, 20. März, wird der Berliner „Kreuz-Ztg.“ geschrieben: Die Augustenburgische Partei hat bekanntlich eine Adresse „an Deutschlands Fürsten und Volk“ gerichtet, in der ausgeführt wird, daß zunächst der „Herzog“ eingeseht werden müsse, nachher werde die Landesvertretung über das Verhältniß zu Preußen berathen. Diese Adresse ist auch dem Abgeordneten Professor Virchow in Berlin zugesandt mit folgendem Schreiben:

Hochwohlgeborener, hochzuverehrender Herr! Indem wir es uns gestatten, Ew. Hochwohlgeboren anliegende Adresse „An Deutschlands Fürsten und Volk“, unterschrieben von etwa 1700 Einwohnern des südl. Holsteins, des Landes Stormarn, zuzufenden, hoffen wir, bei Ihnen, dem tüchtigen Mann und muthigen Vorkämpfer deutschen Rechts und deutscher Freiheit, Eingang und Unterstützung zu finden, und vorzugsweise den Ausdruck unserer Gesinnungen im preussischen Abgeordnetenhaus durch Sie vertreten und gebührend berücksichtigen zu sehen. Schleswig-Holstein bittet nur um Gewährung seines Rechts, um Einsetzung seines Fürsten, um Herstellung seiner Selbstständigkeit; — es kämpft sich gegen Amerion, es kämpft sich gegen Personalunion mit Preußen, wird aber gern und willig durch seine gesetzliche Landesvertretung in seinem eigenen, in Deutschlands und Preußens Interesse Opfer bringen, und wünscht, als dankbares Land sich zu beweisen. — Genehmigen Sie, hochverehrter Herr, die Versicherung unsers besondern Vertrauens und größter Hochachtung. — Reinbeck, im März 1865.

Altona, 22. März. Zur Feier des Geburtstags des Königs von Preußen wurde heute Morgen dem preussischen General v. Gauslin ein Standchen gebracht. Von österreichischer Seite fand eine Parade der hier stationirten österreichischen Truppen statt unter Bethheiligung des hamburgischen Offiziercorps. Viele Häuser der Stadt haben geflaggt. In Flensburg fand des Morgens unter Kanonensalven große Reveille statt; die im Hafen befindlichen Schiffe hatten mit schleswig-holsteinischen und preussischen Farben ausgeschlaggt, viele Häuser waren mit Lannengurlanden und Transparenten geschmückt. Um 10 Uhr wurden ein protestantischer und ein katholischer Gottesdienst gefeiert. Um 11 1/2 Uhr fand unter lebhafter Bethheiligung des Publikums eine große Parade statt, während welcher Oberst Rebe ein dreimaliges Hoch auf Se. Majestät ausbrachte und 101 Kanonenschuß gelöst wurden. — In Rendsburg findet große Cour, Parade, und Nachmittags ein Festdiner statt, an welchem die Spitzen der Behörden Theil nehmen. Die Stadt ist festlich mit Fahnen geschmückt. — In Kiel fand gestern Abend beim General eine Soiree von ungefähr 250 Personen, sodann ein Zapfenstreich mit Fackeln, eine Kanonade und ein Feuerwerk statt. Heute früh ist Reveille und Gottesdienst in der protestantischen und katholischen Kirche. Die Flaggen aller Kriegsschiffe wehen. Oeffentliche und manche Privathäuser sind beslaggt. Mittags 12 Uhr hat große Parade statt, der Königsalut wird gegeben, um 4 Uhr findet ein Diner auf dem Schlosse statt, sowie auch ein Offiziersdiner. Abends ist Solatzenball.

Kiel, 21. März. (Kreuz-Ztg.) Die oberste Zivilbehörde der Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg machte unter dem 17. März folgendes bekannt:

An den Sägemühlbesitzer L. Meyn in Neuendorf bei Uetersen. — Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 11. d. M., betreffend die erfolgte Zulassung von Schriftstücken Seitens des königl. preussischen Landraths a. D. Hrn. v. Lavergne-Reguillyen, ermanngeln wir nicht, Ihnen zu erwidern, daß die erfolgte Benützung des Siegeldes der obersten Zivilbehörde auf einem Mißbrauch beruht, und daß Mißbrauch getroffen ist, daß dergleichen nicht wieder vorkommen kann. Gleichzeitg bemühen wir diese Gelegenheit, Ihnen gegenüber auszusprechen, daß der Landrath v. Lavergne-Reguillyen, welchem wir, Ihrem Antrag gemäß, die Anlage Ihres Schreibens zugesellt haben, in keinerlei dienstlicher Beziehung zur obersten Zivilbehörde steht, und daß seine Intentionen bezüglich der Neubildung eines landwirthschaftlich-statistischen Vereines auf keinerlei Zusicherungen unsererseits beruhen.

Die Flensburger „Nordd. Ztg.“ schreibt hierüber folgendes:

Der landwirthsch. Generalverein für die Herzogthümer, welcher jetzt sein Gebiet wieder über beide Herzogthümer auszudehnen beabsichtigt, scheint in diesem Bemühen in Angeln auf einen gewissen Widerstand zu stoßen. Der dortige landwirthsch. Verein scheint sich nämlich neuerdings mit Hrn. v. Lavergne-Reguillyen in Verbindung gesetzt zu haben, und mit diesem gemeinschaftlich eine anderweitige Organisation der landwirthsch. Vereine anzustreben. Dr. L. Meyn in Uetersen, dem ein auf solche Bestrebungen hindeutendes Schreiben des Hrn. v. Lavergne zugegangen, veröffentlicht hiergegen in den „Ztg. Nachr.“ eine Warnung, und auch die Direktion des Generalvereines hat sich zur Erlassung einer hierauf bezüglichen Erklärung gemüthigt gesehen. (Das Schreiben des Hrn. v. Lavergne-Reguillyen an den Dr. Meyn war eben mit dem Siegel der obersten Zivilbehörde gestiegelt gewesen.)

Berlin, 22. März. (Köln. Ztg.) Die Fortschrittsfraktion hat sich gestern Abend mit der Schleswig-holsteinischen Angelegenheit beschäftigt. Sehr verschiedene und auseinander gehende Ansichten waren vertreten, und man hört mehrfach Zweifel äußern, ob die Sache schon zu einer Debatte im Plenum reif sei. Die Frage der Kriegskosten oder der Flottenvorlage würde sie ohnehin vielleicht herbeiführen. Die Besprechung ist übrigens gestern Abend noch nicht zum Schluß gelangt. — Es wird in den ministeriellen Abendblättern bestätigt, daß die Verständigung mit Oesterreich in der Handelsfrage erfolgt ist. Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit Belgien stehen bevor.

Morgen wird der Schluß der Diskussion über den Budgetbericht im Abgeordnetenhaus stattfinden. Als Hr. v. Forckenbeck gestern Nachmittag sprach, riefen die Feudalen bei dem Passus von der Auflösung des Hauses, welche die Minister aufheben doch nicht wagen wollten: „Ja, das glauben wir wohl, den Gefallen wird man Euch nicht mehr thun!“ — Die am 29. März zu einer Konferenz hieher berufenen Mitglieder des Zollvereins dürften vorzugsweise sich auch mit dem österreichischen Vertrag beschäftigen, da eine Menge neuer Einzelheiten in Veränderung des Tarifs und Bestimmung der Waarenverzeichnisse festzustellen sind. Die Unterzeichnung des Vertrages selbst durch die bisherigen Unterhändler wird dadurch weder verschoben, noch alterirt. Man legt sie auf nächsten Mittwoch, bis zu welchem Termine die telegraphisch zu erwartende Antwort der Zollvereins-Regierungen eingetroffen sein dürfte. Mit Frankreich und England scheinen die Zollverträge fast zur Vollendung gediehen; mit Belgien und der Schweiz hofft man ebenfalls in nächster Zeit fertig zu werden.

Es ist die Veranstellung getroffen, daß diejenigen Mannschaften, welche in dem vorjährigen Krieg gegen Dänemark ganz invalide, gänzlich, größtentheils oder theilweise erwerbsunfähig geworden sind, sich bei dem Landwehr-Bataillon's Commando, in dessen Bezirk sie entlassen worden, behufs der Aufnahme in das betreffende Verzeichniß melden sollen. Die Kreisbehörden sind veranlaßt worden, dies in der geeigneten Weise zur Kenntniß der Betheiligten zu bringen. — Der langjährige Geh. Kabinetstath, Wirkl. Geh. Rath Flaure, der den Vortag schon bei drei Königen hatte, ist nicht unerheblich erkrankt.

Berlin, 23. März. (Berl. Bl.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses meldet der Präsident zunächst den Empfang, den gestern die drei Präsidenten bei Sr. Maj. auf die Geburtstags-Gratulation gefunden. Sodann werden Urlaubsgesuche erlegt. — Der anwesende Hr. Finanzminister bringt ein die Gefesvorlage auf eine Ermächtigung, den ganzen Zollvereins-Tarif B schon mit dem 1. Juli 1865 in Kraft treten zu lassen; diese Vorlage wird den vereinigten Kommissionen für Finanzen und Zölle, wie Handel und Gewerbe übergeben.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung, Fortsetzung der Beratung des Vorberichts der Finanzkommission, und zwar in die Spezialdiskussion über die sechs vorgeschlagenen Punkte. Wir wiederholen des bessern Verständnisses halber in Nachstehendem jene sechs Punkte:

- I. In dem vorgelegten Staatshaushalts-Etat ist eine richtige Verteilung der Staatsausgaben nicht zu erkennen.
- II. Der Militäretat bedarf einer wesentlichen Umgestaltung und Ermäßigung.
- III. Für produktive Zwecke, Stromregulirungen, Begebauten, Landesmeliorationen, für Unterricht und Wissenschaft, bezgl. für Verbesserung der Gehalte der Lehrer, der Subalternen- und Unterbeamten sind größere Summen wie bisher zu verwenden.
- IV. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist geeignet, eine Reform und Ermäßigung dringender oder zweckmäßig angelegter Staatskosten, namentlich die Herabsetzung der Gerichtskosten und des Briefporto's und die Aufhebung des Salzmonopols in Angriff zu nehmen.
- V. Die Gebäuesteuer ist unter Ueberlassung des Ueberflusses an die Gemeinden auf den ursprünglich veranschlagten Betrag von 2,843,260 Thlr. jährlich festzustellen.
- VI. Es ist eine gezielte Umwandlung der Klassen- und Einkommensteuer dahin vorzunehmen, daß die Anzahl von Monastraten, welche zur Deckung des Bedarfs zu erheben sind, innerhalb des gesetzlichen Maximums von 12 Monastraten jährlich durch das Budget festgesetzt wird.

Die Abgg. Wagener (Neustettin) und Genossen haben eine motivirte Tagesordnung eingebracht.

Der Abg. v. Benda stellt ein Amendement zu Nr. IV, welches die Reform der Steuern u. c. bald thätigst in Angriff zu nehmen vorschlägt.

Der Abg. Waldeck beantragt an Stelle des Kommissionsantrages Nr. V zu setzen: V. Eine Revision des Gebäudesteuer-Gesetzes und eine gesetzliche Festsetzung der Gebäudesteuer auf eine bestimmte jährliche Totalsumme ist erforderlich.

Der Abg. Virchow hat einen Zusatzantrag Nr. VII gestellt, die Staatsregierung aufzufordern, schon der diesjährigen Budgetberatung Vorschläge im Sinne der Anträge 1-3 zu machen.

Es wird zuerst über die Punkte I-III diskutirt.

v. Lettau gegen I, II, III der Resolutionen und für die von Wagener beantragte motivirte Tagesordnung, indem er für die Reorganisation plaidirt. — Abg. Immermann für, namentlich für Verbesserung der Lage der Subaltern- und Unterbeamten. (Der Hr. Kriegsminister tritt ein.)

Abg. Graf Wartenstein gegen die Kommissionsanträge. Er meint, aus den Anträgen wird entweder Etwas, oder es wird Nichts daraus; er nimmt an, daß diese Anträge gestellt sind, weil man glaubt, es wird Etwas daraus, und deshalb muß er sie bekämpfen. Er meint, die Ausgaben seien im Etat richtig vertheilt; solle die Staatsregierung jetzt einen neuen Etat entwerfen, so könne darüber leicht ein Jahr vorübergehen, so daß die Staatlosigkeit durch Schuld der Kammer herbeigeführt wird. Außerdem hat die Regierung erklärt, daß es nicht ginge. In dem Antrag II sieht er kein Entgegenkommen. Der Redner spricht in seiner gewöhnlichen Manier unter sich wiederholendem Gelächter des Hauses. In Bezug auf Antrag III bemerkt er, für Unterricht und Wissenschaft habe er kein warmes Herz. „Sie sind mir (zur Linken gewandt) schon viel zu klug!“ Von der Noth der Unterbeamten hat er noch nichts gesehen, aber doch wünsche er eine Verbesserung ihrer Lage. (Im Lauf der Rede bittet der Präsident den Abgeordneten, die Lausuf des Hauses weniger zu reizen.)

Es ist ein Antrag auf Schluß eingebracht; vor der Abstimmung darüber erhält noch der Regierungskommissar Molle das Wort. Er findet den Ausdruck „größere Summen“ in Antrag III etwas unbestimmt; in Finanzsachen muß man die Zahlen zu Rath ziehen. Er hat aus dem Kommissionsbericht und den Reden der Abgeordneten die Zahlen zusammengestellt, welche ungefähr für die einzelnen Zweige verlangt werden. Das Resultat dieser Zusammenstellung wolle er hier mittheilen. Dies gibt eine verlangte Mehrausgabe von jährlich 15,300,000 Thlr. Selbst wenn er einige Annäherungen zu hoch gegriffen habe, so könne doch die Differenz nicht groß sein. Wolle man alle diese Forderungen

so schnell als möglich beschließen, so müsse man glauben, daß Ein- nahmeerbhöhungen notwendig seien, und doch wolle die Kommission die Einnahmen herab setzen. Die vorgeschlagenen Herabsetzungen der Einnahmen würden für die ersten Jahre etwa 4,420,000 Thlr. betragen, dies zusammen ergebe einen Neubedarf von 19,720,000 Thlr. Dem gegenüber soll eine Vermehrung der Einnahmen bei den Forsten und den Bergwerken von etwa 1 Mill. eintreten, und eine Ersparnis bei dem Militäretat von etwa 6 Mill. gemacht werden. Es bleibe also immerhin ein Mehrbedarf von beiläufig 12 Mill. Es sei zwar gestern gesagt, Steuerreformen bringen mehr ein; dies sei im Allgemeinen richtig, doch sei es immer ein Wechsel auf die Zukunft, dessen Realisirungszeit unbestimmt sei. Steuerreformen seien deshalb immer nur vorsichtig und allmählich vorzunehmen.

Abg. v. Bonin für die Anträge I. bis III. Er will dem Regierungskommissär nicht in's Detail folgen, seine Rede hat dargelegt, daß die Regierung die Anträge der Kommission nicht richtig aufgefaßt habe, wenn sie meine, die Kommission wolle alle beantragten Veränderungen jetzt auf einmal vorgenommen sehen. In wie weit man sich auf solche Detailirungen, wie sie der Regierungskommissär vorgenommen einlassen wolle, sei Sache der Budgetberatung bei den einzelnen Etats; die Ausführungen des Regierungskommissärs lieferten gewissermaßen den Beweis, wie sehr die Regierung das Bedürfnis anerkenne. In Beziehung auf die Militärfrage kann er den vorkommenden Interessen keinen Vorzug vor den politischen gestatten; erstere müssen zurücktreten, wenn beide nicht vereinbar sind. Bei den vorliegenden Fragen zeige sich sehr die Schwere des Konflikts; er wünschte, der Finanzminister hätte, als er vor einigen Tagen sagte, die Minister können nicht zum Besten des Landes wirken, wenn sie nicht das Vertrauen des Königs besitzen, hinzugefügt: Und sie können nicht zum Besten des Königs wirken, wenn sie nicht das Vertrauen des Landes haben. Er wünscht die Annahme von I bis III, die Ablehnung von IV bis VI.

Abg. Ricmann spricht für den Antrag II, obgleich ihm der Antrag in seiner Fassung nicht vollständig genügt. Nachdem 3 Jahre hindurch das Haus den Militäretat ohne Erfolg beraten habe, scheine es ihm nicht mehr korrekt für das Haus, sich mit nutzlosen Beratungen zu beschäftigen.

Abg. Stavenhagen für Antrag II. Er widerlegt die Beweise, welche der Kriegsminister aus den Verhältnissen anderer Staaten für die Reorganisation angeführt hat. Er verteidigt darauf die Einrückung der Landwehr, welche in den Jahren 1813-15 im Verein mit der Linie das Vaterland gerettet habe, und er nimmt an, daß die Lobspüche, welche damals der Landwehr gezollt seien, nicht, wie hier ausgesprochen, bloße Phrasen gewesen, sondern daß sie aus warmen Herzen gekommen seien.

Kriegsminister v. Roon: Er habe schon am Montag ausgesprochen, daß die Stärke der preussischen Armee nicht allein von der Stärke der Armeen anderer Staaten abhängt und daß die Ueberlegenheit eines gewissen Materials und darin einen Vortheil gestatte. Dennoch sei eine gewisse Stärke notwendig, und komme er darin zu anderen Resultaten als der Redner. Was den mangelnden Beweis für die Notwendigkeit der Zahl der Cadres und der Stärke derselben betrifft, so habe er geglaubt, denselben geführt zu haben; da dies nicht der Fall sei, so wolle er es jetzt thun. Der Redner geht bei seinem Beweis von der Stärke des Heedarmes von 253,000 Mann und 81 Ersatzbataillonen aus; dies sei die kleinste zulässige Zahl und von ihr leite sich die Zahl und Stärke der Cadres ab, und sei die Stärke der Friedensarmee nicht, wie vielfach geglaubt werde, eine willkürliche. Man brauche nicht 194,000 Mann, um eine solche Armee auf den Beinen zu haben, sondern um das Volk für den Krieg zu schulen. Viele halten eine kürzere Schulzeit für möglich, aber die dreijährige Dienstzeit sei bei uns gebräuchlich und werde es bleiben, bis sie mit Uebereinstimmung der drei Faktoren der Gesetzgebung abgeändert wird. Der Reorganisationplan an sich verlange keine dreijährige Dienstzeit. Die Reorganisation sei nur eine Fortbildung des Instituts vom Jahr 1814. Seine Auffassung, daß bei der Majorität keine Neigung zur Verschönerung vorhanden sei, müsse er aufrecht erhalten, da keinerlei Neuerung gefallen sei, welche dem entgegenstehe; sei die Ansicht objectiv nicht gerechtfertigt, so könnte das der Regierung nur annehmlich sein, doch glaube er das nicht. Um zu erkennen, daß bei der Mehrheit keine Neigung zur Verschönerung vorhanden ist, bedarf die Regierung nur der Erinnerung an die letzten Jahre, und der Gegenstand der heutigen Debatte beweist am besten, daß der Hebelarm, mit welchem die Fortschrittspartei die verfassungsmäßige Grundlage zu verändern sucht, immer länger wird, viellecht, wie er fürchte, bis er bricht. Werden die Anträge angenommen, so hat die Regierung dann ein Zeichen, wozu die Majorität zielt, nämlich die Erweiterung des Hauses und Verringerung der verfassungsmäßigen Rechte des Königs und der Regierung. Man gibt den Ministern den Rath, diese Pläne zu räumen; das sei ein sehr freundschaftlicher Rath, denn es sei sich überall weicher als auf diesen Stühlen; aber kein Ehrenmann gebe eine persönliche übernommene Pflicht auf, ohne sie Händen zu übergeben, bei denen er sie gut aufgehoben wisse. Welchen Händen soll es sie nun übergeben? Diejenigen, welche die Mehrheit hier im Hause haben, genießen nicht das Vertrauen des Königs, und er glaube, daß ein Ministerium den König niemals zwingen wird, seine Rathgeber in Krisen zu suchen, denen er kein Vertrauen schenkt. Was eine Auflösung des Hauses und eine Neuwahl betrifft, so weiß die Regierung genug von der Organisation der Mehrheit, um zu wissen, daß die jetzige Lage der Gesetzgebung einem Kampf dagegen keinen Erfolg verspricht; ob sich ein Mittel gegen diese Organisation finden lassen wird, das wird die Zukunft lehren. (Große Bewegung.) Ein neues Regent, dem Volkswillen Ausdruck zu geben, hat die Regierung nicht versuchen wollen und will es auch nicht versuchen. Sie wünsche eine Ausgleichung des Konflikts und Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes, so weit er alterirt ist. Dazu müssen Sie die Hand bieten. Verschmähen Sie dies, so handelt es sich nicht mehr um eine Rechts-, sondern um eine Existenzfrage! (Große Sensation.)

Der nächste Redner ist der Abg. Graf Eulenburg gegen I-III.

Berlin, 23. März. (W. T. B.) Im Abgeordnetenhaus sprach nach dem Kriegsminister der Abg. Birchow: Die Drohung des Kriegsministers scheine anzudeuten, daß die Regierung auf einen positiven Bruch der Verfassung hinauskommen werde. Der Abg. Simion betont die Unmöglichkeit, gegenüber der Drohung des Kriegsministers zu schweigen, und die Budgetberatung in der Weise, wie der Finanzminister das Budgetrecht darstelle, vorzunehmen. Hr. v. Roon entgegnet: Er habe nicht gedroht; die Regierung

wolle keinen Staatsstreich. Man möge die stenographischen Sitzungsberichte abwarten. (Morgen Fortsetzung.)

Wien, 22. März. (Presse.) Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses steht die zweite Lesung des Antrages des Grafen Brinck, betreffend eine abweichende Form der Budgetbehandlung. Abg. Dr. Herbst verliest den Bericht des Finanzausschusses über den Gang, den die Verhandlung über diesen Antrag im Ausschuss genommen. Der Präsident eröffnet die Debatte. Es ist kein Redner eingetragen. Minister v. Schmerling nimmt das Wort, um den Standpunkt auseinanderzusetzen, den die Regierung zu dem Antrage eingenommen. Im Subkomitee des Finanzausschusses bereits habe die Regierung die Erklärung abgegeben, daß der Abstrich von 20.1 Mill., den die Regierung unter der Voraussetzung der Einräumung des Birements innerhalb der einzelnen Etats zugeföhren wolle, das Resultat der sorgfältigsten Erwägungen sei, daß die Regierung mit diesen Abstrichen bis an die Grenzen des Möglichen gegangen zu sein glaube, und daß sie ihre Propositionen nur als ein unheilbares Ganzes in Verhandlung genommen zu sehen wünsche. In gleichem Sinne habe die Regierung sich nachträglich auch im Plenum des Finanzausschusses selbst ausgesprochen. Die Regierung bedauere, daß ihre Vorschläge nicht angenommen worden, da durch dieselben eine raschere Erledigung des Budgets herbeigeföhrt worden wäre. Gleichwohl müsse er aber erklären, daß nicht die Regierung es gewesen, welche den Grafen Brinck veranlaßt habe, seine Anträge zu stellen; es sei der Regierung durchaus nicht darum zu thun gewesen, der Detailberatung des Budgets aus dem Wege zu gehen; sie scheue dieselbe nicht. Im Gegentheil könne es den Vertretern der Regierung nur erwünscht sein, ihre Ansichten über einzelne Abtheilungen des Budgets im Hause darzulegen. Die Regierung hoffe auf eine rasche Erledigung des Budgets im Wege der Detailberatung, und werde ihrerseits alles Mögliche zu einem gezielten Abschluß der Beratung beitragen. Graf Brinck ist beifällig, daß weder sein erster, noch sein zweiter Antrag mit der Regierung verabredet gewesen, ja daß dieselbe nicht einmal davon vorher in Kenntniß gesetzt worden sei. Berichterstatter Abg. Dr. Herbst: Nachdem die Regierung ihre Propositionen als ein formell und materiell Ganzes hingestellt habe, sei jede Debatte über dieselben unzulässig gewesen, und es habe daher dem Ausschusse nichts Anderes erübrigt, als dem Hause den Uebergang zur Tagesordnung über den Brinckschen Antrag zu empfehlen. Bei der nun folgenden Abstimmung wird dieser Antrag des Ausschusses mit großer Mehrheit angenommen. (Dagegen nur das vordere Centrum und ein Theil der Siebenbürger.) Es gelang nun der fernere Antrag des Ausschusses: den Staatsvoranschlag für das Jahr 1866 an einen Ausschuss von 36 Mitgliedern zur Vorberatung zu verweisen, zur Verhandlung, und wird nach einiger Debatte angenommen, nachdem ein Antrag Roman's, das Budget für 1866 an den bestehenden Finanzausschuss zu leiten, abgelehnt worden war.

Frankreich.

Paris, 23. März. Es scheint schwer, einen Nachfolger für Morny zu finden, und die Präsidentschaft des Gesetzgeb. Körpers wurde auch Hr. v. Persigny angeboten, der übrigens wenig Lust zu haben scheint, diese Stelle zu übernehmen. Der Zweifelpakt im Lager der Opposition tritt mit jedem Tage mehr hervor. Kommt der Regierung diese Uneinigkeit ihrer Gegner zu Statten, so fängt auf der andern Seite auch die Majorität an, dem schlechten Beispiel der Opposition zu folgen und Amendements zu stellen. 12 Mitglieder der Majorität beantragen zu § 1 des Adressentourais (dessen Diskussion Montag beginnt) ein Amendement, des Inhalts, daß in der Pressegesetzgebung die Jurisdiction der gewöhnlichen Gerichte an Stelle des administrativen Verfahrens trete. 5 andere Mitglieder fügen zu § 9 an, daß das Band mit Befriedigung sähe, wenn die Regierung in Zukunft die Maires aus den Munizipalräthen wählen würde. Endlich beabsichtigen 18 Mitglieder, darunter die Hh. v. Unelare, Ansel, v. Grouchy, de la Motte, ein Amendement einzubringen, worin für das Papsttum neue Garantien für die Territorialgewalt, als wesentlich für die Unabhängigkeit des hl. Stuhls, gefordert werden. — Der Bischof von Dumpper ist nach Rom abgereist. — Wie die „Patrie“ aus Alexandria erfährt, hätte der Dizekönig Ismael Pascha den Plan gefaßt, die Thronfolge der Dizekönig auf seinen Sohn zu übertragen; doch hätten sowohl die Porte als die Schutzmächte diesen Versuch, die 1841 geregelten Successionsrechte zu modificiren, verworfen.

Die Metallvorräthe der Bank von Frankreich haben abermals um 20 Millionen zugenommen und erreichen die enorme Summe von 445 Millionen. Die Wechselbestände haben sich von 514 auf 509 1/2 Mill. vermindert, ein Beweis, daß der Handel keine Gelegenheit findet, von dem billigen Geldpreise zu profitieren. Die Banknoten-Zirkulation nahm gleichfalls um 3 Mill. (auf 777 1/2) ab. — An der Börse Unbeweglichkeit der Kurse bei andauerndem Geschäftstillstand.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. März. Das Justizministerium hat unter'm 13. d. eine Bekanntmachung erlassen, der zufolge die in den drei abgetretenen Herzogthümern geborenen, vor dem 30. Okt. v. J. in den Besitz des dänischen Heimathsrechts gelangten Personen, sofern dieselben nicht von dem ihnen durch den Wiener Friedensvertrag eingeräumten Recht der Ueberföhlung nach den Herzogthümern Gebrauch machen wollen, sowie außerdem die in den Herzogthümern geborenen Personen, welche sich nach der Ratifikation des Friedensstratats nach Dänemark begeben und hier das Heimathrecht erworben haben, zum Ableben ihrer Wehrpflicht in Dänemark verpflichtet sein sollen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 23. März. (W. T. B.) Die deutsche „Petersburg. Ztg.“ sagt gelegentlich einer Zurückweisung von Angriffen der „Wooskau. Ztg.“: Die Ebre und das Interesse Rußlands seien in der Herzogthümerfrage nicht

engagirt; die Forderung einer accentuirten Haltung sei unmotivirt, weil eine Drohung ohne Absicht des Krieges erfolglos sei. Die „Petersburg. Ztg.“ ist überzeugt, daß die verfohnlichen Schritte der russischen Regierung bei den deutschen Mächten von Erfolg sein werden. — Das „Journ. de St. Petersburg“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Fürsten Gortschatoff, welches nachweist, daß die Eroberungen in Zentralasien notwendig seien, und versichert, Rußland suche keine Vergrößerungen und Verwicklungen, welche den inneren Fortschritt aufhalten müßten.

Großbritannien.

London, 23. März. (W. T. B.) Im Oberhaus theilt Graf Russell eine Notifikation des Cabinets von Washington bezüglich der Kündigung des Gegenständigkeitsvertrags mit und versichert bei dieser Gelegenheit, daß die Beziehungen beider Staaten nichts Besorgnißerregendes haben. Amerika sei zur Kündigung des Vertrags vollkommen berechtigt, und werde den Vertrag vielleicht später mit Modifikationen erneuern. Graf Russell erwähnte auch, daß Sir Fr. Bruce morgen nach Washington abreife.

Amerika.

Neu-York, 12. März. (Ber. „Moravian.“) Der südstaatlichen Presse ist es noch nicht freigestellt, Nachrichten von dem Kriegsschauplatz in Carolina zu bringen, und sie beschränkt sich daher darauf, das Eintreffen sehr ermuthigender Berichte anzudeuten. Der Angabe von Föchtlingen zufolge soll Sherman in der vorigen Woche Fayetteville besetzt haben und 40 Meilen von Raleigh entfernt stehen; die Südstaatlichen hieß es, desertirten in ganzen Kompagnien und suchten ihre Heimath auf. Der Aufruf des Gouverneurs von Nord-Carolina wurde von dem Volk mißachtet und Sherman fand an manchen Stellen einen herzlichen Empfang. Daß Cherau (auf der Grenze beider Carolina) von den Bundesstruppen besetzt worden, wird von Wilmington aus bestätigt. Der „Washington Republican“ erfährt von einem Telegramm des Generals Thomas an die Regierung, daß nach der Angabe von Kurieren Sherman das Cheatham'sche Korps, welches von Alabama her zur Verstärkung Hardee's herandrückte, abgesehen und aufgerieben habe. Johnstone soll ferner einen Angriff auf Sherman gemacht haben, aber geschlagen worden sein. Die nordstaatliche Expedition von Neu-Bern ist in der Nähe von Kingston angekommen, welches die Südstaatlichen geräumt haben. Letztere sollen ihre Position an der Eisenbahn zwischen Goldsboro und Wilmington aufgegeben haben und Goldsboro besetztigen. — Von Winchester den 8. d. wird berichtet, daß die Schlacht zwischen dem Unionsgeneral Sheridan und den Südstaatlichen unter Early bei Fishersville in der Nähe von Staunton stattgefunden habe; das Datum wird nicht erwähnt. 1300 südstaatliche Gefangene und 8 dem Feind abgenommene Kanonen seien schon in Winchester eingetroffen. Daß der geschlagene Early auch in Gefangenschaft gerathen sei, ist nicht weiter erwähnt. — Das Slaven-Bewaffnungsgezet hat mit einigen Aenderungen die Genehmigung des südstaatlichen Senats erlangt, doch nur mit einer Stimme Mehrheit. Unter den Regern herrscht eine pöhlige Panik; ganze Scharen haben sich in die Linien Sherman's geflüchtet. — Präsident Lincoln hat eine Proklamation erlassen, in der er alle unrechtmäßiger Weise von ihren Posten abwesenden Soldaten zur Rückkehr auffordert, widrigenfalls sie des Bürgerrechts verlustig gehen sollen. Wie die „New-York-Times“ sagt, beabsichtigt der Präsident einzuweisen noch nicht, den diplomatischen Posten in Paris wieder zu besetzen. Senator Hale aus Neu-Hampshire ist zum Gesandten in Spanien ernannt worden. Der neue Schatzsekretär McCulloch hat am 9. sein Amt angetreten. — Die aus Savannah herübergebrachte Baumwolle soll ohne Verzug nach England verschickt werden. — Das canadische Parlament hat den Konföderationsplan mit 41 (nach Anderen 91) Stimmen gegen 33 angenommen.

Karlsruhe, 24. März. In dem Bericht über die letzte öffentliche Verhandlung vor dem großh. Verwaltungsgerichtshof in Nr. 70 dieses Blattes wird dem Herrn Vertreter des Staatsinteresses die Aeußerung in den Mund gelegt, daß die Rechtsansicht, wonach die für Diensthöfen und Gewerbegehilfen bestehenden Krankenanstalten und die dazu erhobenen befristeten Beiträge unter den Gesichtspunkt der Soziallasten gestellt und die §§. 97 und 98 G.D. darauf angewendet werden, nicht stichhaltig sei. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß diese Behauptung in solcher Unbedingtheit nicht aufgestellt worden sei. Ihr Berichterstatter muß dies in gewissem Sinne bekräftigen. Die Ausführung des Herrn Vertreters des Staatsinteresses mußte zwar auf den unbefangenen Zuhörer den Eindruck machen, daß derselbe für seine Person die Soziallastentheorie für unrichtig halte; er fügte jedoch ausdrücklich bei, daß er schon durch einen Erlaß des großh. Ministeriums des Innern v. J. 1855, wodurch jene Theorie gerade auf die Kranken-Versicherungsanstalt in Mannheim angewendet worden, verhindert sei, die abweichende Ansicht geltend zu machen und die Entscheidung darüber lediglich dem Ermessen des Gerichtshofes überlasse. Außerdem theilte derselbe noch mit, der Standpunkt des großh. Ministeriums des Innern in dieser Frage sei zur Zeit der, daß die Bestimmungen über die Soziallasten nicht überall und unter allen Umständen von selbst schon auf die fraglichen Krankenanstalten Anwendung finden, sondern daß es jeweils auf die Verhältnisse des einzelnen Falles ankomme, daß aber da, wo von Soziallasten keine Rede sein könne, ein Zwang zur Leistung von Beiträgen nicht statfinde.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
23. März.					
Morgens 7 Uhr	7.53	20	R.D.	ganz bew.	trüb, Schnee
Mittags 2 „	7.17	+	3.0 R.W.	klar	Sonnenbl., raub
Nachts 9 „	7.10	-	1.0	schw.	feinster Frost

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Krenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Samstag, 26. März. 2. Quartal. 46. Abonnementsvorstellung. **Catharina Cornaro**; große Oper in 4 Akten von Franz Lachner.

Bekanntmachung.

Den Schab der Gefangenen auf der Eisenbahn betr. Mit dem April d. J. tritt in dem Schab der Gefangenen auf der Hauptbahn die Aenderung ein, daß der bisher Montags von Mannheim nach Konstanz abgehende Wagen künftig am Dienstag abfährt, und daß dieser Wagen statt am Freitag künftig am Donnerstag von Konstanz nach Mannheim zurückfährt.

Vortheilhafter Industriezweig.

Der bevorstehende Verkauf der Großherzoglich Badischen und Fürstlich Fürstenbergischen Eisenwerke, welche bedeutende Wasserkräfte eigen haben, veranlaßt mich, auf diese vortheilhaften Gelegenheiten zu Anlagen von Holz-Papierstoff-Fabriken aufmerksam zu machen.

Der Papierstoff aus Holz ist nach dem Urtheil von Autoritäten in der Papier-Fabrikation anerkannt das beste Erasmittel für Gadenstoff. Obgleich derselbe immer mehr Anwendung findet und gesucht ist, so wird er doch in Süddeutschland nur in höchst ungenügendem Maße produziert und muß deshalb mit großen Frachtkosten (die Verfertigung findet in der Regel mit 60-70 % Wassergehalt statt) aus dem nördlichen Deutschland bezogen werden.

Fabriken zur Herstellung von Papierstoff aus Holz mit Benützung guter und billiger Wasserkräfte gehören daher zu den lukrativsten Unternehmungen der Neuzeit und können mit verhältnißmäßig kleinem Kapital ausgeführt und betrieben werden.

Ich erlaube mir, hiezu meine patentirten Papierstoff-Maschinen zu empfehlen, welche ich bei Gebrüder Decker & Co., Maschinen-Fabrik in Canstatt, bauen lasse. Auf frankirte Anfragen bin ich jederzeit gerne bereit, nähere Auskunft über Anlage und Betrieb von Holz-Papierstoff-Fabriken zu geben, wobei mir eine 20jährige Erfahrung in dieser Branche zur Seite steht.

Heidenheim a. d. Brenz, im März 1865.

Heinrich Voelter, Papier-Fabrikant.

Bekanntmachung.

Die Verpachtung der Bahnhof-Restaurant in Mühlacker betr. Nach Herstellung der neuen Restaurationslokalitäten, verbunden mit einer Wohnung für den Restaurateur, im Bahnhof zu Mühlacker soll der Betrieb dieser Restauration auf den 15. Juni d. J. in Pacht gegeben werden.

Hierzu Lusttragende haben ihre Angebote unter Anschluß von Leumunds- und Vermögenszeugnissen längstens bis zum 15. April d. J. bei der großh. badischen Bahnverwaltung Mühlacker einzufenden.

Karlsruhe, den 23. März 1865.

Direktion der großh. Verkehrs-Anstalten.

Zimmer.

Paris.

Erziehungs-Anstalt

beginnt mit dem 24. April, und werden Anmeldungen bis dahin angenommen. Auskunft erteilt außer den Unterzeichneten Herr Stadtpfarrer Schellenberg hier.

Heidelberg, den 23. März 1865.

Steingasse Nr. 9. Lotte Schupp, Pfarrwitwe. Emilie Schupp.

3.u.380.



Der unterzeichnete C. C. ladet hierdurch seine früheren Mitglieder zu dem im nächsten Sommer stattfindenden 50jährigen Stiftungsfestmahl ein und bittet diejenigen, welche daran Theil nehmen wollen, es dem C. C. sobald als möglich anzuzeigen.

Heidelberg, den 3. März 1865.

J. A. d. C. C. der Suavia F. Hoppe x x x.

Bauführer - Gesuch.

Zur Leitung und Beaufsichtigung einiger Privatbauten wird ein tüchtiger bauführender Architekt gegen entsprechendes Honorar gesucht. Gefällige Offerten befördert die Expedition dieser Zeitung.

3.u.642. Durlach.

Handlungslehrling - Gesuch.

Für eine Leder- und Kurzwaaren-Handlung ein großes und detail in einer größeren Stadt Baden'suche ich einen mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen Lehrling aus guter Familie. Kost und Logis im Hause.

Julius Köffel in Durlach.

3.u.578. Heidelberg.

Apothekergehilfe - Gesuch.

In einer Oberamtsstadt im Königreich Württemberg ist auf den 1. April eine Apothekergehilfen-Stelle vakant. Freundliche Behandlung und schöner Gehalt werden zugesichert. Zu erfahren bei G. Keller & Comp. in Heidelberg.

3.u.720. Rastatt.

Schreinerlehrling - Gesuch.

Ein braver junger Mensch kann unter günstigen Bedingungen das Schreinerhandwerk erlernen. Näheres in der Haupt- und Kapellenstraße Nr. 3.

Lehrlinggesuch.

3.u.723. Bei J. G. Kapferer & Sohn in Freiburg i. B. kann ein Lehrling sofort eintreten.

Mastvieh-Versteigerung.

3.u.657. Mühlburg. Amt Karlsruhe. Dienstag den 28. März d. J. Nachmittags 2 Uhr, versteigern wir 1 fetten Rindkalb, 12 fette Kalbe, Mühlburg, den 20. März 1865. Freyherrlich von Seldene'sche Gutverwaltung.

Kunst-Ausstellungen.

Die vereinigten Kunst-Vereine in Regensburg, Fürth, Bamberg, Würzburg und Wiesbaden veranstalten in den Monaten April bis August 1865 incl. gemeinschaftliche Ausstellungen von 8- bis 14tägiger Dauer, unter den bekannten Bedingungen für die Einwendungen, von welchen nur diejenige hervorgehoben wird: daß alle Kunstwerke in den Monaten April und Mai zuerst nach Regensburg oder Wiesbaden, in den Monaten Juni bis August aber zuerst nach Wiesbaden einzufenden sind.

Die verehrlichen Herren Künstler werden zu zahlreicher Einwendung ihrer Kunstwerke eingeladen.

Die Knaben-Erziehungs-Anstalt zu Cannstatt bei Stuttgart

beginnt am 18. April c. ihren sechsten Jahreskurs. Die Anstalt, die jährlich von Seiten der Studienbehörde geprüft wird, bereitet sowohl fürs praktische Leben, Handel und Gewerbe, als auch für Real- und Gymnasien vor. Der Umstand, daß das Institut stets von Ausländern (Franzosen, Engländern, Russen) besucht ist, erleichtert im Wege der Konversation ungemein die Erlernung jener Sprachen.

Näheres über die Anstalt geben die Prospekte. Zu beziehen durch den

Vorstand Dr. phil. Klose.

Mastvieh-Versteigerung.

Die Verwaltung der Zuchfabrik in Waghäusel läßt am 30. d. M. Donnerstags, Nachmittags 4 Uhr, nachfolgendes Fett-Vieh öffentlich versteigern:

- 10 Stüd Ochsen, 4 " Kalbinnen, 2 " Kühe; wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Verkauf eines Gasthofs I. Ranges sammt Inventar.

Ein bestens eingerichteter und möblirter Gasthof I. Ranges, der sich stets eines sehr frequenten Besuchs zu erfreuen hat, und dessen Rentabilität nachgewiesen werden kann, wird wegen Kränklichkeit des Besitzers zum Verkauf unter der Hand angeboten, und könnte dessen Übernahme bis 1. Mai d. J. erfolgen.

Näheres durch

S. Reiwenger, Königsstraße 49.

Bauarbeiten-Vergebung.

Zur Erbauung einer neuen doppelten Scheuer mit Stallung und gewölbtem Keller für Georg Schumann, Mittelmüller hier, werden nachfolgende Arbeiten im Soumissionenwege vergeben:

- 1) Maurerarbeiten, im Aufschlag zu 2074 fl. 28 fr. 2) Steinbauerarbeiten, im Aufschlag zu 704 fl. 23 fr. 3) Zimmermann-Arbeitslohn zc. 334 fl. 2 fr. Holzankauf 1266 fl. 44 fr. 4) Schreinerarbeiten, im Aufschlag zu 1600 fl. 46 fr. 5) Schlosserarbeiten, " 64 fl. 30 fr. 6) Glaserarbeiten, " 222 fl. 10 fr. 7) Glaserarbeiten, " 18 fl. 48 fr. 8) Pfisterarbeiten, " 76 fl. - fr. 9) Befestigung der Materialien zc. 976 fl. - fr. 10) Giebeln ab alte Materialien 5737 fl. 5 fr. 11) 5559 fl. 5 fr.

Solide Bauunternehmer werden eingeladen, ihre Angebote versiegelt mit der Aufschrift: Soumission zur Uebernahme der betreffenden Arbeit zur Erbauung der Scheuer zc. für Georg Schumann in Eintrich bis 2. April d. J., Vormittags 9 Uhr, außer einzufenden.

Pläne, Uebersichtliche und Bedingungen können bei Unterzeichnetem eingesehen werden. Eintrich, den 23. März 1865.

Beeg, Werkmeister.

Daubholz-Lieferung.

Wir haben 50,000 eigene Faßdauben, 14-19" badisch lang, 100,000 tannene Dauben, gefügt oder gespalten, 25" lang und 4-5" dick, nöthig, und leben Angeboten auf die ganze oder theilweise Lieferung entgegen. Bruchsal, den 14. März 1865. Großh. Zellengefängnis-Verwaltung.

Makulatur.

groß Median, ist in großer Quantität zu verkaufen. Näheres bei der Exp. d. Karlsruh. Ztg.

(Diebstahl und Fahndung.) Am 19. d. Mts., Abends zwischen halb 7 und halb 8 Uhr, wurden im Bureau des hiesigen großh. Post- und Eisenbahnamtes mittelst gewaltsamer Erbrechung des Expeditionsschließes 4 Pakete entwendet, nämlich ein Geldbrief von Frankfurt an Schumacher in Weitzheim, 1 1/2 Loth schwer, Werth 80 fl. 36 kr., ein Paket von Freiburg an A. Cernann in Bruchsal, 12 Loth wiegend, ohne Werthangabe, ein solches von Bruchsal an Löffler in Stuttgart, im Gewicht von 1 1/2 Loth, Werth 48 fl. 45 kr., und ein solches ebenfalls an Moser in Naufrisch, 1 Pfund wiegend, Werth 25 fl., der Inhalt des letztern soll aus österreichischen Sechsern bestanden haben.

Wir bringen dies mit der Bitte um Fahndung auf das Entwendete und den zur Zeit noch unbekanntem Täter zur öffentlichen Kenntniß. Bruchsal, den 23. März 1865. Großh. bad. Amtsgericht. Dr. Schütt.

3.u.463. Nr. 2147. Korb. (Diebstahl und Fahndung.) Am 26. v. M. wurden in Korb 7 rote Fische und 4 schwarze Kapenselle entwendet.

Wir bitten um Fahndung. Korb, den 21. März 1865. Großh. bad. Amtsgericht. Eiselein.

3.u.713. Nr. 601. Baden. (Öffentliche Vorladung.)

In Untersuchungssachen gegen Friedrich Gelbart von Gernsbach, z. B. in Seibach, wegen Diebstahls. Beschluß. Theodor Merkel von Dittman, dessen dormaliger Aufenthaltsort unbekannt ist, wird am durch aufgefordert, als Zeuge in der Verhandlung am Freitag den 31. März l. J., Vormittags 9 Uhr, badisch zu erscheinen.

Baden, den 22. März 1865. Großh. Kreisgericht als Referatskammer. Dr. Buechtel.

3.u.403. Nr. 3020. Oberkirch. (Bekanntmachung.)

Bekanntmachung eines Agenten betr. Herr Valentin Fröh von Ulm wird als Agent der Preussischen Nationalversicherungs-Gesellschaft in Stuttgart für den diesseitigen Amtsbezirk beauftragt. Oberkirch, den 20. März 1865. Dr. Buechtel.

3.u.310. Nr. 1924. Weersburg. (Bekanntmachung.)

In das Gesellschaftsregister wurde unter Heutigen unter D. 3. 1 eingetragen die Firma Josef Haller u. Cie. in Langmühl mit der Zweigniederlassung in Markdorf, deren Vertreter Kaufmann Lorenz Wild daselbst ist. Die Gesellschaft besteht seit dem 11. August 1841 und sind als Profokristen bestellt: Herr Kaspar Schmieb von Raithenbuch und Theodor Häfner von Kappel. Weersburg, den 27. Februar 1865. Großh. bad. Amtsgericht. Sieber.

3.u.467. Nr. 4993. Bruchsal. (Aktuarsstelle.)

Eine Aktuarsstelle mit festem Gehalte von 400 fl. ist in Balde beim hiesigen Amtsgerichte zu besetzen. Dies wird zur Bewerbung bekannt gemacht. Bruchsal, den 20. März 1865. Großh. bad. Amtsgericht. Kertenmaier.

Frankfurt, 23. März 1865. Staatspapiere.

Table with columns for various financial instruments: Frankfurt, 23. März 1865. Staatspapiere. Anleihen-Loose. Wechsel-Kurse. Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.